

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 9038/39
Telefax: 880 846 ppbn d
Telefax: 21 0684

Inhalt

Dr. Hermann Scheer MdB
zur Scholz-Absage an eine
dritte Null-Lösung: Die Katze
ist aus dem Sack. Seite 1

Norbert Gansel MdB zu den
Vorschlägen der Bundesregie-
rung zur Exportkontrolle:
Schaumschlägerei.
Seite 2

Klaus Wettig MdEP zur For-
derung, das Berufsbeamten-
tentum unter Berufung auf
den Binnenmarkt abzuschaffen:
Überinterpretation des
EWG-Vertrages.
Seite 4

Dokumentation:

Angesichts der dramatischen
Situation im deutschen Steinkoh-
lenbergbau hat der SPD-
Bundestagsabgeordnete Horst
Niggermeier, der im Kreis
Recklinghausen, dem kohle-
reichsten Kreis der Bundes-
republik, Vorsitzender der
dortigen SPD-Fraktion ist,
einen Brief an den Vor-
sitzenden der NRW-SPD-
Landtagsfraktion, Prof. Dr.
Friedhelm Farthmann, ge-
richtet. Wortlaut
Seite 5

44. Jahrgang / 8

11. Januar 1989

Die Katze ist aus dem Sack

Kohl und Scholz ziehen westliche Aufrüstung sowjetischer Abrüstung
vor

Von Dr. Hermann Scheer MdB
Vorsitzender der Arbeitsgruppe Abrüstung und Rüstungskontrolle
der SPD-Bundestagsfraktion

Bundesverteidigungsminister Scholz hat mit seiner heutigen offi-
ziellen Befürwortung einer Kurzstreckenraketen-Nachrüstung („Mo-
dernisierung“) die Katze aus dem Sack gelassen.

Bisher hieß es immer seitens der Bundesregierung, es gebe noch keinen
Entscheidungsbedarf: Kohl wollte sich mit der Entscheidung über die
Bundestagswahl 1990 hinwegmogeln. Dazu ließ ihm aber die Atom-
waffen-Fraktion in der NATO und des Verteidigungsministeriums
keine Zeit.

Die Frage ist, warum Außenminister Genscher zu diesem atomaren
Aufrüstungsplan schweigt. Auch Genscher muß sich daran messen
lassen, ob er seinen Abrüstungsworten an Sonntagen auch Abrüstungs-
taten an Werktagen folgen läßt. Die SPD wird jedenfalls die Verhin-
derung der atomaren Aufrüstung mit Kurzstreckenraketen zum
KampftHEMA der nächsten Bundestagswahl machen.

Die Begründung des Verteidigungsministers Scholz für die Nachrü-
stung - 88 westlichen Raketen stünden über 1.300 östliche gegen-
über - ist fadenscheinig, weil die Bundesregierung nicht einmal mehr
versucht, sowjetische Kurzstreckenraketen durch Verhandlungen
wegzubekommen. Kohl und Scholz ist offensichtlich eine westliche
Aufrüstung lieber als eine sowjetische Abrüstung.

(-/11.1.1989vo-he/rs)

Verlag, Redaktion und Druck:

Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 1204-08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 62,50
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Veranstaltet von
dem Sozialdemokratischen
Pressehaus Bonn



Schaumschlägerei

Zu den Vorschlägen der Bundesregierung zur Exportkontrolle

Von Norbert Gansel MdB

Die Bundesregierung hat gestern den Eindruck vermittelt, sie sei bereit, die Kontrollen des Wirtschaftsverkehrs mit dem Ausland im militärischen Bereich zu verschärfen. Dieser Eindruck trägt. Bei einer Analyse der bislang vorliegenden schriftlichen Unterlagen erweisen sich die mit viel publizistischem Aufwand auf der Bundespressekonferenz vorgetragenen Ergebnisse einer Arbeitsgruppe als Schaumschlägerei. Die Bundesregierung ist immer noch nicht bereit, eine scharfe Grenze zwischen liberalem Außenhandel und dem Geschäft mit dem Tod zu ziehen.

Es ist bezeichnend, daß die Bundesregierung, obwohl ihre Beratungen schon Ende November begonnen haben, nicht in der Lage ist, dem Bundestag einen Gesetzentwurf zur Novellierung von Außenwirtschaftsgesetz und Kriegswaffenkontrollgesetz vorzulegen. Ein solcher Gesetzentwurf hätte auch rückwirkend mit seiner Einbringung Rechtskraft erlangen können. Jetzt ist zu befürchten, daß die Bundesregierung allenfalls einen Ankündigungseffekt ausgelöst hat, der die Rüstungsindustrie dazu bewegen kann, die vorhandenen legalen Umgehungsmöglichkeiten und die nicht vorhandenen Kontrollen der illegalen Exporte noch weidlich zu nutzen.

Zu den vom Bundeswirtschaftsminister Haussmann vorgetragenen Vorschlägen entsprechend seiner Vorlage für die Bundespressekonferenz im einzelnen:

1. Die Bundesregierung hat vorgeschlagen, die „Resorts“ mögen die Erweiterung der Länderliste über den Kreis der Ostblockländer hinaus „noch“ diskutieren (!) für die Genehmigungspflicht bei „Weitergabe von Unterlagen oder Kenntnissen über sensitive Technologien oder von Kenntnissen über die Fertigung sensitiver Waren“. Der Bundeswirtschaftsminister verschweigt bei dieser unverbindlichen Diskussionsankündigung, daß ein solcher Technologietransfer heute auch schon in Bezug auf Südafrika genehmigungspflichtig wäre. Daß die Bundesregierung dieses Land in ihrer Aufstellung verschweigt, ist kein Zufall. Sie hat nämlich im Verlauf der U-Boot-Affäre den Technologietransfer für genehmigungsfrei erklärt, soweit er nur die Produktion von Teilen von Kriegswaffen ermöglicht. Bei einer einigermaßen intelligenten Organisation hat die Rüstungsexportindustrie also unter dieser Bundesregierung auch in Zukunft weder den Zoll noch das Bundesamt für Wirtschaft zu fürchten.
2. Die Bundesregierung schlägt Maßnahmen vor zur Auswertung von Ausfuhrerklärungen, zum Datenaustausch für die Kontrollbehörden, zur Einbeziehung des Zollfahndungsdienstes und zur Information der Verwaltung über Unternehmen mit atomrechtlichen Genehmigungen. Die Bundesregierung „schlägt vor“, sie verweist auf „Gründe des Statistikrechts und des Datenschutzrechts“. Gesetzgeberische Maßnahmen „erfordern Zeit“. Hier werden Selbstverständlichkeiten der Zusammenarbeit von Behörden bei der Verhinderung und Verfolgung von Straftaten problematisiert und vertagt.
3. „An neuen gesetzlichen Maßnahmen schlägt die Arbeitsgruppe eine Meldepflicht für Unternehmen im Nuklearbereich sowie eine Erweiterung der Straf- und Bußgeldvorschriften vor“. Eine Meldepflicht für Unternehmen, die Komponenten herstellen, die in der Kernenergieliste zum Außenwirtschaftsgesetz genannt sind, ist zu begrüßen. Notwendig ist es aber, daß die Kernener-

gelistete selbst überprüft und ergänzt wird. Die praktische Bedeutung ergibt sich aber erst im Zusammenhang mit der Länderliste. Es wird deshalb abzuwarten sein, ob die Bundesregierung die anstehenden Genehmigungen für Nuklearexporte in den Iran erteilen wird.

Eine Erhöhung der Strafrahmen bei Gesetzesverstößen ist richtig. Sie ist aber nur dann wirksam, wenn wenigstens die weisungsgebundenen Oberfinanzdirektionen gehalten werden, die schon bestehenden Möglichkeiten auszuschöpfen, und wenn die Bereitschaft gestärkt wird, Ermittlungen aufzunehmen und Strafen zu verhängen, wenn es sich um den gesetzeswidrigen Export von Kriegswaffen und Rüstungsgütern handelt. Noch wichtiger als die Erhöhung der Geldbußen wäre es, von der schon bestehenden Rechtsvorschrift Gebrauch zu machen, alle bei solchen Geschäften entstandenen Gewinne zu kassieren.

4. Als Überraschung im positiven Sinne erschien auf den ersten Blick der Vorschlag der Bundesregierung, eine Strafvorschrift gegen das Mitwirken an der Herstellung von chemischen und biologischen Waffen im Ausland für deutsche Staatsbürger zu schaffen. Bei näherer Prüfung erweist sich aber gerade dieser Vorschlag als eine Enttäuschung! Da die Bundesregierung mit ihrem Vorschlag zugleich auf die „großen Schwierigkeiten bei einer tatbestandsmäßigen Abgrenzung“ hinweist, muß man davon ausgehen, daß wenigstens ihr Vorschlag sorgfältig formuliert worden ist. Dann ergeben sich aber folgende Fragen:

- a) Soll nur die Herstellung chemischer und biologischer Waffen im Ausland strafbar sein, nicht aber ihre Entwicklung?
- b) Wenn mit dem Begriff „Herstellung“ auch die Entwicklung solcher Waffen gemeint sein soll, warum soll sie dann nur im Ausland strafbar sein, nicht aber auch im Inland?
- c) Welche Gründe haben die Bundesregierung bewogen, diese Strafvorschrift nicht auch auf die Herstellung (und Entwicklung) von Nuklearwaffen im Ausland (und im Inland) auszudehnen? Gibt es dafür etwa konkrete tatsächliche Gründe?
- d) Warum wird eine solche Strafvorschrift nicht auch auf Trägersysteme solcher Massenvernichtungsmittel ausgedehnt, zum Beispiel auf Mittelstreckenraketen, wie sie zuverlässigen Informationen zufolge mit Unterstützung deutscher Raketentechniker im Iran hergestellt werden?

Diese Analyse, Bewertung und Problematisierung orientiert sich eng an dem Vortrag des Bundeswirtschaftsministers auf der gestrigen Bundespressekonferenz. Sie enthält zum Teil wörtliche Zitate aus seiner Vorlage. Sie ist vollständig. Die Bundesregierung hat keine weiteren oder präziseren Vorschläge gemacht. Noch hat die Bundesregierung die Gelegenheit bis zu einer Vorlage ihres Gesetzentwurfes nachzubessern und ernst zu machen. Die SPD-Fraktion wäre in einem solchen Fall zur konstruktiven Mitarbeit bereit. Ein präziser und umfangreicher Gesetzentwurf der SPD-Fraktion zur Sicherung der Kriegswaffenkontrolle liegt dem Bundestag bereits seit Herbst vergangenen Jahres vor. Die SPD-Fraktion wird nunmehr auf eine baldige Entscheidung durch den Bundestag drängen. Das Thema ist zu ernst, als daß man es Schaumschlägern und Roßtäuschern überlassen könnte.

(-/11.1.1989/vo-he/rs)

* * *

Überinterpretation des EWG-Vertrages

Zur Forderung, das Berufsbeamtentum unter Berufung auf den Binnenmarkt abzuschaffen

Von Klaus Wettig MdEP

Die Deutsche Postgewerkschaft hat die Äußerung ihres Vorsitzenden Kurt van Haaren klargestellt: Die Postgewerkschaft verlangt nicht die Abschaffung, sondern eine Reform des Berufsbeamtentums mit Hinweis auf den Europäischen Binnenmarkt.

Richtig ist: Schon jetzt können Positionen, die in der Bundesrepublik Deutschland in der Regel mit Berufsbeamten besetzt sind, im Zweifel für Bürger anderer EG-Staaten offenstehen, wenn sie das verlangen und die erforderlichen Qualifikationen dafür besitzen. Das gilt zum Beispiel für Lehrer. Der Europäische Gerichtshof hat diese Tendenz auch in seiner Rechtsprechung klar gemacht.

Diese schon jetzt bestehenden Möglichkeiten werden mit der Vollendung des Binnenmarktes erweitert, weil die Anerkennung der Qualifikationen EG-weit vereinfacht werden. Für die im deutschen öffentlichen Dienst tätigen EG-Bürger gilt natürlich nicht das deutsche Beamtenrecht. Sie werden entweder Angestellte oder erhalten ein besonderes Statusrecht. Dies ist zum Beispiel in der Vergangenheit bereits der übliche Rechtszustand für Hochschullehrer. Dieser besondere Rechtszustand wird mit der Vollendung des Binnenmarktes weiterentwickelt werden.

Die Fortsetzung des Instituts „Berufsbeamtentum“ mit seinen besonderen Vorrechten ist einzig und allein Sache des deutschen Gesetzgebers. Der deutsche Gesetzgeber wird auch weiterhin bestimmte Positionen, die zur klassischen Hoheitsverwaltung gehören, deutschen Staatsbürgern vorbehalten können.

(-/11.1.1989/vo-ha/rs)

* * *

DOKUMENTATION

Horst Niggemeier: Steinkohlenbergbau akut bedroht

Die Situation für die deutsche Steinkohle entwickelt sich offenbar mit Riesenschritten zu einer dramatischen Existenzkrise. Dies wird aus einem Brief deutlich, den der nordrhein-westfälische SPD-Bundestagsabgeordnete Horst Niggemeier heute an den Vorsitzenden der SPD-Landtagsfraktion, Prof. Dr. Friedhelm Farthmann, in Düsseldorf gerichtet hat. Wir dokumentieren nachstehend diesen Brief von Horst Niggemeier, der im kohlereichsten Kreis der Bundesrepublik mit einer Kohlenförderung von fast 15 Millionen Tonnen, im Kreis Recklinghausen, Vorsitzender der dortigen SPD-Kreistagsfraktion ist.

Es spricht mehr dafür als dagegen, daß sich jetzt in Bonn und in den Bundesländern (einschließlich Nordrhein-Westfalen) die Anti-Kohle-Bataillone sammeln, um nun die Vernichtungsoffensive gegen den deutschen Steinkohlenbergbau zu fahren. Man will die mit der Kohle verbundenen Probleme endlich vom Tisch haben. Danach dürften rund um die Fördertürme in den Kohlerevieren - im übertragenen Sinne - nur noch Schutt und Asche zurückbleiben.

Weil die Situation wahrhaft dramatisch ist, schreibe ich Dir diesen Brief mit der dringenden Bitte, den jüngsten Entwicklungen Deine besondere politische Aufmerksamkeit zu widmen.

In komprimierter Form dargestellt sind es unter anderem die folgenden Punkte, die den Existenzdruck auf die deutsche Steinkohle ins Untragbare verschärfen werden:

1. Zwölf bundesdeutsche Stadtwerke - darunter Düsseldorf, Duisburg, Münster und Wuppertal - haben zum Jahresende eine Initiative gegründet, um weniger heimische Kohle und dafür mehr Importkohle verwenden zu dürfen. Weitere Stadtwerke werden sich dieser Forderung anschließen. Das ist dann der endgültige Abschied der Kohle aus dem ohnehin schon eng gewordenen Wärmemarkt. Wer in Bremen, Hamburg oder Kiel wegen des angestrebten Verzichts auf Kernenergie die Kohle als Energieträger favorisiert, meint damit die billige Importkohle aus Polen, Südafrika, Kolumbien oder sonstwoher.
2. Die jüngsten Äußerungen von Bundeswirtschaftsminister Haussmann zum Thema Ibbenbüren an die Adresse des Münsteraner Bischofs Dr. Reinhard Lettmann vermitteln nicht den Eindruck, daß in Bonn an die Erhaltung des Bergwerkes Ibbenbüren gedacht wird; von Sophia-Jacoba im Aachener Revier erst gar nicht zu reden.
3. CSU-Chef Waigel fordert von Bundeskanzler Kohl umgehend eine Revision des bis 1995 befristeten Jahrhundertvertrages und wendet sich unmißverständlich gegen die - wie er es ausdrückt - „Verschleuderung von Milliardenbeträgen für eine unwirtschaftliche Kohleförderung“. Da sollen die Verstromungsmengen nach unten wegrevidiert werden. Von Versorgungssicherheit ist nicht mehr die Rede.

4. Auf der FDP-Schiene macht der niedersächsische Wirtschaftsminister Hirsche seinem Bonner Amtskollegen Haussmann klar, daß die nach unserer Meinung ohnehin zu geringe Anhebung des „Kohlepennigs“ auf 8,5 Prozent „nur eine mißliche Zwischenlösung“ war und „eine Fortsetzung der Verstromungspolitik mit dem gegenwärtigen Mengengerüst schon mittelfristig nicht mehr finanzierbar ist“.
5. Selbst die VDEW, die zwar den Jahrhundertvertrag gern bis 1995 eingehalten sehen möchte, erklärt jetzt durch ihren Hauptgeschäftsführer, daß „dies zunehmend schwieriger wird“.
6. Um dieser Vernichtungsstrategie den Glanz der Rechtmäßigkeit zu verleihen, führt CSU-Chef Waigel den Bundesinnenminister mit seiner Auffassung ins Feld, wonach erhebliche Bedenken gegen die Verfassungsmäßigkeit des Dritten Verstromungsgesetzes bestünden.
7. Unabhängig von den mit der Kohlepolitik zusammenhängenden Kostenfragen ist von der Umweltschutzseite wegen der CO₂-Emissionen eine verstärkte Agitation gegen die Kohleverstromung ohne jede sachliche Differenzierung zu erwarten.

Dies alles zusammen betrachtet ergibt eine sich weiter verfestigende Anti-Kohle-Allianz quer durch die deutsche Landschaft. Wahrscheinlich wird es nur noch wenige Wochen dauern, bis sich die Notare aus Politik und Wirtschaft an einen Tisch setzen, und damit beginnen, das Schicksal der deutschen Steinkohle vertraglich zu besiegeln. Die Handlungsentschlossenheit der politisch Verantwortlichen wird immer stärker und die Position der heimischen Kohle immer schwächer.

Als Vorsitzender der SPD-Kreistagsfraktion und Bundestagsabgeordneter im kohlereichsten Kreis der Bundesrepublik mit einer Förderung von fast 15 Millionen Tonnen (deutlich mehr als die saarländische Kohleförderung) wollte ich nicht versäumt haben, Dich frühzeitig genug auf das Gewitter aufmerksam zu machen, das sich mit verheerenden Folgen über Rhein und Ruhr demnächst entladen wird, wenn nicht bald politisch dagegengesteuert wird.

(-/11.1.1989/vo-he/rs)

* * *